

29.04.2010 Rede im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern

Finanzkraft der Kommunen dauerhaft stärken und Haushalte spürbar entlasten

Frau Präsidentin,
meine Damen und Herren,

nachdem ich die Debatte verfolgt habe, kann ich die Einlassungen der Koalition und insbesondere von der CDU nur kopfschüttelnd zur Kenntnis nehmen.

Wie schlimm muss es eigentlich zwischen SPD und CDU zugehen, wenn sie es nicht einmal fertig bekommen, einen gemeinsamen Standpunkt zur Zukunft der Gemeindefinanzierung zu erarbeiten.

Nicht einmal ansatzweise können oder wollen die Koalitionäre dieses so wichtige Thema gemeinsam angehen.

Da lob ich mir doch die FDP – und das soll schon was heißen.

Nach dem die Klientel- und Umfallerpartei in der Vergangenheit zu Recht herbe Kritik von allen Seiten u.a. wegen ihren steuerpolitischen Vorstellungen einstecken musste, hat sich die hiesige FDP-Fraktion zumindest heute konstruktiv in die Debatte mit eingebracht.

Zwei Sätze sollen nach ihren gestrichen werden.

Na gut, wenn es denn hilft?

Entscheidend aber ist für mich, dass auch die FDP wissen will, welche Vorstellungen die Landesregierung denn zur Neuordnung der Gemeindefinanzen hat.

Gut so.

Zu meinem vollkommenen Glück müsste die FDP jedoch noch einen Schritt weiter gehen und endlich von ihrer unsäglichen Forderung nach Abschaffung der Gewerbesteuer loskommen.

Zumindest aber sollte die FDP endlich zur Kenntnis nehmen, dass gerade die betroffenen Kommunen an der Gewerbesteuer festhalten.

Ich verweise in diesem Zusammenhang auf die Erklärung der Vizepräsidentin des Deutschen Städtetages und noch amtierende Bürgermeisterin der Hansestadt Wismar, Rosemarie Wilcken.

Sie sagte, dass es nicht sein könne, dass Gewinne der Unternehmen, die die kommunale Infrastruktur intensiv in Anspruch nehmen, künftig nicht mehr besteuert werden und stattdessen die Einkommens- und Mehrwertsteuer steigen.

Man könne nicht einerseits mit der Parole mehr Netto vom Brutto werben und gleichzeitig überlegen, den Bürgerinnen und Bürgern wieder in den Geldbeutel zu greifen.

Recht hat sie.

Dieser Aufruf wird auch vom Präsidiumsmitglied des Deutschen Städtetages, der Obermeisterin der Landeshauptstadt Schwerin, Angelika Gramkow, unterstützt.

Und, liebe Kollegin und Kollegen der FDP,

damit Sie nicht denken, ich komme Ihnen mit Repräsentanten von LINKE und SPD möchte ich auch einen FDP-Politiker zitieren, der von Kommunalpolitik Ahnung zu haben scheint.

Johannes Schmalzl, Regierungspräsident von Stuttgart, sagte im Hinblick auf den FDP-Bundesparteitag, nachzulesen in SPIEGEL ONLINE 22. April 2010:

„Das Drehen an den kleinen Stellschrauben hilft meist mehr, als das große Rad drehen zu wollen. Es darf nicht sein, dass sich die Mehrheit der Delegierten, denen diese Frage zu komplex oder zu langweilig ist, zurückzieht. Und das Feld einigen wenigen Heißspornen überlässt, denen die reine Lehre wichtiger ist als der Erhalt des gesellschaftlichen Grundkonsenses in dieser für die Kommunen so wichtigen Frage. Da sollten die Kommunalpolitiker über Parteigrenzen hinweg gemeinsam nach den besten Lösungen suchen.“

Wie die Sache ausging, ist bekannt.

Die liberalen Heißsporne und Anhänger der reinen Lehre haben sich durchgesetzt.

Meine Damen und Herren,
auch wenn die FDP mit ihrem radikalen Steuersenkungswahn die größte Gefahr für die weitere Aushöhlung der Kommunalfinanzen darstellt, sind doch hier im Land SPD und CDU am Zug.

Während die Finanzministerin sich bereist mehrfach zu den katastrophalen Folgen der Steuerpläne der Bundesregierung geäußert hat, schweigt der CDU-Kommunalminister Caffier beharrlich.

Warum eigentlich?

Während 2009 das Finanzierungssaldo in der kommunalen Kassenstatistik noch erwartungsgemäß leicht positiv war, geraten die Kommunen dieses Jahr fast flächendeckend in die Schieflage.

Geringere Zuweisungen aus dem Finanzausgleichsgesetz, Dank CDU/CSU und FDP steigende Belarungen aus den Kosten der Unterkunft, Mehrausgaben in der Erziehungshilfe, bei der Grundsicherung im Alter, den Eingliederungshilfen und Hilfe zur Pflege. Die Winterschäden gar nicht mit eingerechnet.

2011 und 2012 wird sich die Situation nochmals verschärfen.

2013 läuft dann auch noch die Ziel-1-Gebietsförderung der EU aus.

Im Einzelnen alles nachzulesen im aktuellen „Der Überblick“ des Städte- und Gemeindetages Mecklenburg-Vorpommern.

Meine Damen und Herren,
würde dann noch die Gewerbesteuer abgeschafft, müssten etwa Wismar 400 Euro und Schwerin 210 Euro pro Jahr und Einwohner wieder ausgleichen.
Am Ende zahlen die Differenz wieder die Bürgerinnen und Bürger.

Der CDU-Innenminister schweigt dazu.

Dabei ist er doch sonst so laut und oft zu hören, wenn es darum geht, die Kommunen des Landes zum Sparen anzuhalten und ihnen tolle Ratschläge wie die Abschaffung der Schweriner Straßenbahn zu geben.

Nein, Herr Minister, ein ernsthafter und glaubwürdiger Einsatz für die Kommunen unseres Landes sieht anders aus.

Etwa mit der klaren Mitteilung, was Sie überhaupt wollen,
wie stellen Sie sich die zukünftige Gemeindefinanzierung vor?
Aber nein, Fehlanzeige.

Ich bin gespannt, was die CDU-Kommunalpolitiker darüber denken.

Sie können sich sicher sein: Ich werde nachfragen.

Ich bin sicher, ich werde so einiges über die Landespolitik zu hören bekommen.

Einen Arbeitstitel habe ich auch schon:

„DIE LINKE im Dialog mit den Kommunen.“